

27

82

Union in Deutschland

Bonn, den 16. September 1982

Damit es wieder aufwärts geht

Unser Land braucht einen neuen Anfang

Die Krise unseres Landes in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik kann überwunden werden. Die Bürger und die Wirtschaft warten auf ein Zeichen, das die Wende zur Vernunft einleitet, erklärte Helmut Kohl im Deutschen Bundestag bei der Debatte zum Bericht über die Lage der Nation. Wir, die CDU/CSU, wollen eine neue Politik mit einer neuen Mehrheit in diesem Haus.

Verlässliche Politik kann neues Vertrauen in unsere Zukunft herstellen. Solide Haushaltsführung, eine konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft und Einsparungen im Leistungs- und Subventionsbereich nach dem Maßstab der Gerechtigkeit müssen die Voraussetzungen dazu schaffen.

Auf die Rede von Helmut Schmidt antwortete Helmut Kohl: Wenn man die über zweistündige Rede des Bundeskanzlers hörte, und wenn man genau hinhörte, war das eigentlich weniger ein Bericht zur Lage der Nation als ein Bericht zur Lage Helmut Schmidts. Wirklich interessant an dieser langen Erklärung waren doch eigentlich nur die Äußerungen zum Koali-

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ ÖFFENTLICH- KEITSAARBEIT

Deutschland braucht eine neue, starke Regierung. Unter diesem Tenor stehen die neuen Materialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle für die Herbstarbeit in den CDU-Verbänden.

Eine ausführliche Vorstellung finden Sie im rosa Teil.

■ FINANZEN

Verfassungsklage der Fraktion in Karlsruhe eingereicht Seite 5

■ LAMBSDORFF- PAPIER

Die Vorschläge sorgfältig prüfen Seite 7

■ WOHNUNGSBAU

Vorschläge der Regierung führen nicht zum Bau neuer Wohnungen Seite 8

■ DOKUMENTATION

Politik der aktiven Friedenssicherung grüner Teil

■ REGISTER

von UID 13/82 bis UID 26/82 gelber Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

tionspartner FDP. Bisher war es in der Geschichte der parlamentarischen Demokratie in Deutschland nicht üblich, daß eine Regierungserklärung, die eine Erklärung der sie tragenden Parteien ist, im wesentlichen zur Profilierung in der eigenen Partei erhalten mußte.

Es wurde viel von Wahrheit und von Klarheit gesprochen. Der Kanzler hat in einer markigen Weise uns und andere aufgefordert, dafür einzutreten. Dabei gibt es keinen einzigen Regierungschef seit Begründung der Bundesrepublik Deutschland, der so mit dem Begriff „Wahrheit“ Schindluder getrieben hat wie Helmut Schmidt.

Er hat 1976 vor der Wahl versprochen, die Renten seien in Ordnung. Er hat dieses Versprechen nach der Wahl gebrochen. Ohne dieses Versprechen wäre er 1976 nicht wieder ins Kanzleramt zurückgekehrt. Er hat 1980 seinen Wahlkampf damit bestritten, daß er all jene, die für eine seriöse Finanzpolitik eingetreten sind, die für Wahrheit im Haushalt eingetreten sind, der Panikmache bezichtigte. In diesen Jahren hat niemand vor Wahlen so viel gesprochen und versprochen und nach der Wahl so wenig gehalten, wie Helmut Schmidt dies getan hat.

Er sprach dann von der geschichtlichen Legitimität eines Bundeskanzlers. Ich gehe davon aus, daß das frei gewählte deutsche Parlament, daß die Abgeordneten, die in freier, geheimer und direkter Wahl in den Bundestag entsandt werden und die dann im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Rechte einen Regierungschef wählen, ob dies Adenauer war, ob dies Erhard, ob dies Kiesinger, ob das Brandt war oder ob Schmidt das gewesen sind, immer in der vollen Legitimität standen. Ich gehe davon

aus, daß wir wenigstens noch in dem Punkt übereinstimmen, daß auch zukünftige Abgeordnete des Deutschen Bundestages in voller Legitimität handeln werden!

Ich erwähne dies deswegen, weil ja jetzt, nachdem sich die Ära Schmidt dem Ende nähert, offenbar ist, daß die Legende schon gestrickt wird. Da kommen solche Ausdrücke wie der „Machtwechsel“ wieder, da kommen Begriffe wie „Königsmord“. Der Wechsel einer Regierung in einer demokratischen Gesellschaft ist die normalste Sache der Welt. Es ist ja eine der großen Errungenschaften der freiheitlichen Demokratie, daß der Wechsel im Amt, daß der Wechsel auch in der politischen Macht- und Amtsausübung in den zivilisierten Formen einer Verfassungsnorm vonstatten geht. Wir werden es nicht gestatten, daß jetzt, wo Helmut Schmidt am Ende ist, hier im Lande von ihm wieder eine Stimmung erzeugt wird, als sei es etwas Unrechtes, darüber nachzudenken, daß er endlich von seinem Amt zurücktritt.

Dann wurde das Thema — natürlich auch in der Schmidt eigenen Weise — einer Verfassungsbestimmung angesprochen, nämlich das Thema des konstruktiven Mißtrauensvotums. Die Realitäten sind doch festgehalten: Gegenwärtig amtiert immer noch diese Regierung. Sie ist ja durchaus in der Lage — wenn das alles stimmen würde, was Schmidt sagte —, über eine Mehrheit von 43 Abgeordneten im Bundestag zu verfügen. Es ist des Kanzlers Sache — er versucht das ja von Zeit zu Zeit, wir haben das bei der Vertrauensfrage erlebt —, dies über einen Appell deutlich zu machen. Es ist eine andere Sache — das ist auch ganz demokratisch, weil es den Grundrechten entspricht —, daß wir und alle anderen im Lande unseren Blick auch darauf richten, was eigentlich die Wähler zu der Entwick-

lung in diesen zwei Jahren sagen. Auch wenn uns der Kanzler noch so beschimpft, es ist wahr: Seine Koalition hat längst jedes Vertrauen in der Bevölkerung verloren.

Wir haben 1982 bisher drei Regionalwahlen gehabt, und wir werden bald noch zwei andere haben. Sieht man sich die Verlustquote der SPD an — in Schleswig-Holstein 5,9 %, in Niedersachsen 5,8 %, in Schmidts Heimatstadt, mit der ganzen Propagandaapparatur, die mit dem Amt des Kanzlers verbunden ist, 8,7 % —, dann ist festzustellen: das sind erdrutschartige Verluste. Wenn in diesen Tagen wieder neue demoskopische Umfragen unter die Leute gebracht werden, in denen die SPD unter 30 % notiert, dann ist es so, daß die SPD am Ende ihrer Regierungszeit wieder auf der Ebene angelangt ist, auf der sie 1949 und 1953 angetreten ist. Mit dem jetzigen Bundeskanzler braucht man nicht über Vertrauenswürdigkeit zu streiten. Überlassen wir dieses Urteil doch getrost dem Souverän unseres Landes: das sind die Wahlberechtigten. Es wäre doch ein Graus für die SPD, wenn heute gewählt würde.

Ich schlage vor — damit gebe ich Helmut Schmidt ganz konkret die Antwort zum Thema Mißtrauensvotum —, wir, SPD, CDU/CSU und FDP, warten jetzt gemeinsam ab, was unsere Mitbürger bei den Wahlen in Hessen und Bayern entscheiden werden.

Dann setzen wir die Debatte, die wir jetzt begonnen haben, in aller Ruhe fort. Wir, die CDU/CSU, wollen einen neuen Anfang. Wir wollen eine neue Politik mit einer neuen Mehrheit im Bundestag. Eine neue Mehrheit heißt für mich, daß vor einer Entscheidung dieser Mehrheit im Bundestag bezüglich der Sache, der Personen und der Inhalte klar ist, wie die Politik aussieht.

Richard von Weizsäcker:

Teilung Deutschlands ist nicht endgültig

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, führte in seiner aus Anlaß der Bundestagsdebatte um Schmidts Regierungserklärung zur Lage der Nation im Deutschen Bundestag gehaltenen Rede u. a. folgendes aus:

Die Lage der Nation — das ist primär die Frage nach dem Bewußtsein und den Zielen der Deutschen selbst, der Deutschen in Ost und West. Mehr als die anderen sind und bleiben wir umgeben von nahen und fernen Nachbarn und Mächten. Sie alle haben ein vitales Interesse daran, welche politische Gestalt die Mitte Europas annimmt.

Die meisten Deutschen sind mit drängenden Tagesfragen beschäftigt, die wenig Bezüge auszuweisen scheinen zu diesem Grundgedanken nach der langfristigen Entwicklung der deutschen Nation, am wenigsten in Westdeutschland, stärker in Berlin, auf eigene Weise am stärksten in der DDR.

Blicken wir zunächst in die DDR. Bemerkenswert sind die jüngsten Anstrengungen, die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte zu fördern. Aus der platten ideologischen Klasseninterpretation der Geschichte ist inzwischen mehr geworden. Neben Thomas Münzer und Karl Marx sind Martin Luther, Friedrich der Große (von Honecker als solcher bezeichnet) und nicht nur die preußischen Reformern getreten, sondern auch die Königin Luise. Die Geschichtsschreibung der DDR beschränkt sich nicht mehr ausschließlich

auf die Geschichte der DDR. Vielmehr „schließt sie die ganze deutsche Geschichte seit der Entstehung des deutschen Volkes als ethnische Einheit mit ein“, wie es ein führender DDR-Historiker, Walter Schmidt, formuliert. Dahinter steht das Bewußtsein, daß es sich um Politik handelt, wenn es um die Geschichte geht.

Bei aller Zurückhaltung, die wir wahren müssen, wenn wir ein Urteil fällen wollen über das, was die Menschen in der DDR in ihrem Innern bewegt, darf man sagen: Die Menschen drüben haben manchmal eine klarere Vorstellung von ihrer Identität als manch einer bei uns. Sie fühlen sich als DDR-Bürger und als Deutsche. In ihrem Verhältnis zu uns gehen sie davon aus, daß wir wie sie Deutsche sind.

Wir sind im Leben der Menschen in der DDR mehr gegenwärtig als umgekehrt. An einem Tag wie heute darf nicht verschwiegen werden, daß es zu den Problemen der innerdeutschen Beziehungen im menschlichen wie auch im politischen Sinn gehört: Es können zwar mehr Menschen von West nach Ost Besuchsreisen machen als umgekehrt. Aber die Aufmerksamkeit, die geistige Auseinandersetzung und die Erwartungen in Richtung auf den anderen Teil sind stärker von Ost nach West.

Wir haben allen Grund, daraus zu lernen und gleichzuziehen. Was die innerdeutschen Beziehungen im engeren politischen Sinne anbetrifft, so ist die derzeitige Lage belastet. Zwar gibt es Verhandlungsgegenstände. Aber eine Perspektive fehlt. Es ist auch nicht vorstellbar, wie wir sie erreichen, wenn nicht eingehalten wird, was verabredet war.

Gemeinsame friedenspolitische Aktionen, wie die DDR sie immer wieder fordert, bedürfen zunächst ihrer Fundierung im Respekt vor den Menschenrechten, die Bestandteil des Friedens sind. In dieser Lage gilt es, die Dinge zwischen den beiden

deutschen Staaten beim Namen zu nennen.

Die Friedensdiskussion hat neue Bewegung in die offene deutsche Frage gebracht. Es ist erstaunlich, wie schnell oft die Argumentationen wechseln:

— Vor kurzem noch hieß es: Frieden ist die Priorität Nr. 1. Ihre Bedingung ist die Verteidigungsbereitschaft. Diese erfordert das Gleichgewicht. Das Gleichgewicht hält die Teilung aufrecht. Also ist Teilung Bedingung des Friedens.

— Heute hört man: Die Teilung ist Folge des Gleichgewichts, welches zu immer neuen Rüstungskapriolen führt. Diese gefährden den Frieden. Wem es um den Frieden geht, der muß sich gegen sie und folglich auch am Ende gegen die Teilung stellen.

Der Begründungszwang in der Sicherheitspolitik hat zugenommen. Das ist heilsam. Nur hilft es niemanden, gewachsene Verwicklung und Schwierigkeiten mit einer illusionistischen Leugnung der Realität zu lösen. Es ist z. B. Illusion zu glauben, einseitige Abrüstungsvorleistungen würden automatisch zu mehr Sicherheit führen. Wer heute „lieber rot als tot“ proklamiert, der verkennt den tiefen Zusammenhang, der zwischen Frieden und Freiheit besteht.

Hans-Joachim Jentsch neuer OB in Wiesbaden

Der CDU-Abgeordnete Hans-Joachim Jentsch ist in sein neues Amt als Oberbürgermeister der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden eingeführt worden. Sein Bundestagsmandat legte er inzwischen nieder. Über die hessische Landesliste der CDU rückt der Facharzt Karl Bekker aus Frankfurt nach. Der Politiker gehörte dem Parlament von 1976 bis 1980 an.

FINANZEN

Verfassungsklage der Fraktion in Karlsruhe eingereicht

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 22. Juni 1982 beschlossen, in einem Normenkontrollverfahren wegen der Unvereinbarkeit der Kreditermächtigung des Haushaltsgesetzes 1981 mit Art. 115 des Grundgesetzes Verfassungsklage zu erheben. Der Prozeßbevollmächtigte der

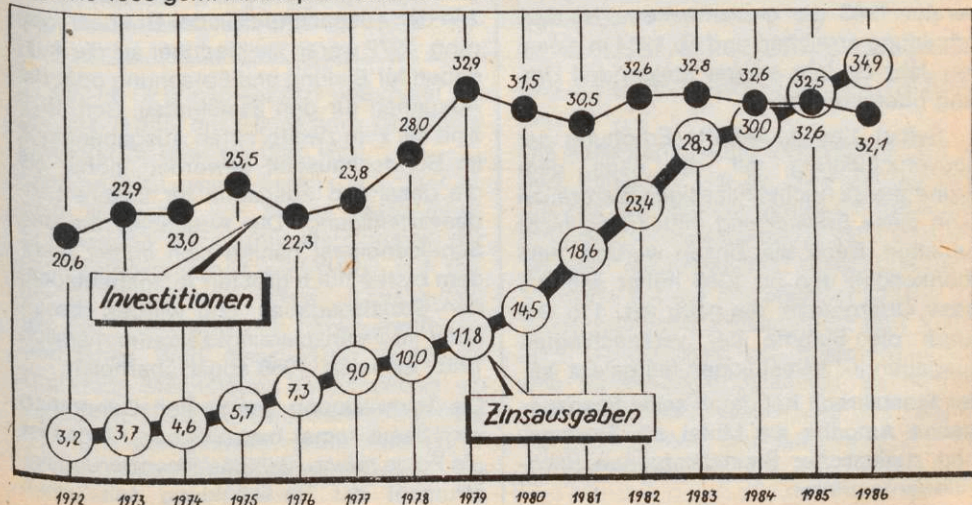
CDU/CSU-Fraktion, Prof. Dr. Paul Kirchhof in Heidelberg, hat nunmehr diese Klage nebst Begründung beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mit dem Antrag eingereicht, die Kreditermächtigung in § 2 Absatz 1 des Haushaltsgesetzes 1981 für nichtig zu erklären.

Dazu erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjörg Häfele, in Bonn auf einer Pressekonferenz: Immer bedrückender wird deutlich, wohin die Schuldenwirtschaft der vergangenen Jahre geführt hat und weiter führt:

- Der Schuldenstand des Bundes ist seit 1974 sprunghaft angestiegen.
- Der Schuldenstand überschreitet seit 1980 die Gesamtausgaben des Bundes.
- Die riesigen Kreditaufnahmen des Bundes werden zunehmend durch die

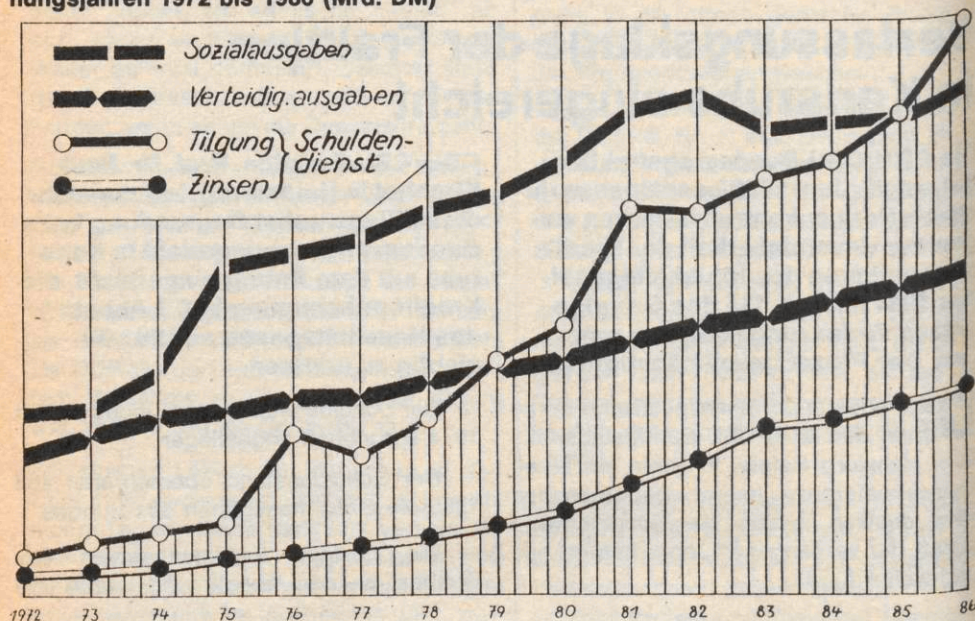
Entwicklung der Zinsausgaben und der Ausgaben für Investitionen (brutto) des Bundes 1972 bis 1986 (Mrd. DM)

1972 bis 1981 = Ist-Ergebnis, 1982 = Soll gem. Regierungsentwurf des Nachtrages; 1983 bis 1986 gem. Finanzplan 1982 bis 1986.



Entwicklung der Ausgaben für den Schuldendienst

im Vergleich zu den Sozial- und Verteidigungsausgaben des Bundes in den Rechnungsjahren 1972 bis 1986 (Mrd. DM)



Zinskosten als Folgelast der Schuldenwirtschaft aufgezehrt. Die Zinsen werden nach dem von der Bundesregierung in ihrem Finanzplan vorgelegten Zahlenwerk bereits 1983 die geplante hohe Neuverschuldung erreichen und ab 1984 in einem von Jahr zu Jahr stärker steigenden Umfang überschreiten.

— Selbst eine dauerhafte Erhöhung der Neuverschuldung auf die nach dem Grundgesetz höchstzulässige Obergrenze kann diese Entwicklung mittelfristig nicht aufhalten. Denn die Zinsen werden 1985 ebensohoch und ab 1986 höher sein als diese Obergrenze, die nach Art. 115 GG durch die Summe der veranschlagten Ausgaben für Investitionen festgelegt ist.

Der Staatskredit hat damit seine finanzpolitische Aufgabe als Mittel zur Finanzierung zusätzlicher Staatsleistungen (Investitionen) verloren.

Die Ausgaben für den Schuldendienst (Zinsen und Tilgungen) haben seit Jahren durchweg die höchsten Zuwachsraten und damit — ungewollt — die Priorität Nr. 1 in der Ausgabenpolitik der Bundesregierung. 1972 waren sie niedriger als die Ausgaben für Bildung und Forschung oder die Ausgaben für den Straßenbau. Seit 1979 sind sie zum zweitgrößten Ausgabenblock im Bundeshaushalt geworden, höher als die gesamten Ausgaben für unsere Landesverteidigung. Die Ausgaben für den Schuldendienst nähern sich immer mehr dem bisher noch größten Ausgabenblock, den Sozialausgaben, und werden diesen noch im Finanzplanungszeitraum, nämlich 1985, einholen, 1986 sogar überholen.

Die Vorbelastung der jungen Generation wird damit immer bedrohlicher. All das ist die Folge davon, daß das Finanzierungsinstrument der Verschuldung seit vielen

Lambsdorff-Papier

Die Vorschläge sorgfältig prüfen

Zu den Vorschlägen von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erklärt Helmut Kohl: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sieben-Punkte-Offensive für eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik am 10. Februar 1982 eine grundsätzliche Kursänderung der Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik gefordert. In diesem Programm hat die CDU/CSU unmißverständlich festgestellt:

1. daß die „Grenze der Belastbarkeit durch Steuern und Sozialabgaben für Arbeitnehmer und Unternehmen erreicht“ ist,
2. daß es das „vorrangige finanzpolitische Ziel“ sein muß, den „Schuldenzuwachs abzubauen und die Gesundung der Staatsfinanzen über die Ausgabenseite“ zu erreichen und
3. daß „Investitionen der Schlüssel zu neuen Arbeitsplätzen“ sind.

Die CDU/CSU hat in diesem Sieben-Punkte-Programm eine Reihe von Beispielen für konkrete Sparvorschläge unterbreitet, die von der Bundesregierung wiederholt abgelehnt worden sind. Die CDU/CSU sieht es als Fortschritt an, daß jetzt Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff dem Bundeskanzler und der SPD/FDP-Koalition Vorschläge zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgelegt hat, die erstmals den Versuch darstellen, aus der regierungsüblichen Flickschusterei auszubrechen.

CDU/CSU erwarten, daß die amtliche Vorlage des Bundeswirtschaftsministers von der amtierenden Bundesregierung und der SPD/FDP-Koalition so rasch wie möglich diskutiert und beantwortet wird, damit das Vertrauen der Bürger in die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung nicht gänzlich zerstört wird.

Die CDU/CSU wird die Vorschläge von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff sorgfältig prüfen. Sie enthalten eine Reihe interessanter und begrüßenswerter Elemente, die von der Union seit langem gefordert werden. Sie enthalten aber auch Forderungen, die wir ablehnen, weil sie sozial nicht ausgewogen sind.

Jahren im Übermaß genutzt und dabei sogar die durch die Verfassung gezogene Obergrenze überschritten wird.

Die CDU/CSU warnt bereits seit über einem Jahrzehnt vor dieser gefährlichen Entwicklung, ohne damit allerdings bei der Bundestagsmehrheit rechtzeitig auf Gehör zu stoßen. Noch immer ist zumindest die SPD nicht ernsthaft bereit, ihren verderblichen Weg einer stetig weiter im Übermaß steigenden Verschuldung zu verlassen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fühlt sich deshalb verpflichtet, mit allen verfassungsrechtlich verfügbaren Mit-

teilen auf die notwendige Umkehr hinzuwirken.

Die parlamentarische Demokratie gibt jedem Parlament nur die Gestaltungsmacht auf Zeit. Es verstößt gegen die tragenden Grundsätze unseres demokratischen und sozialen Rechtsstaates, durch überhöhte Vorgriffe auf die finanzwirtschaftliche Zukunft künftigen Parlamenten und künftigen Generationen die finanzwirtschaftliche Gestaltungsmöglichkeit zu nehmen und ihnen die Entscheidung über das Finanzaufkommen ihrer Gegenwart letztlich vorzuenthalten.

■ WOHNUNGSBAU

Vorschläge der Regierung führen nicht zum Bau neuer Wohnungen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat den Beschlußempfehlungen des Vermittlungsausschusses ihre Zustimmung gegeben. Sie hat leider vergeblich an SPD und FDP appelliert, das gleiche zu tun. Offensichtliche Meinungsverschiedenheiten zwischen SPD und FDP sollten aber nicht dazu führen, sich besseren Einsichten zu verschließen, erklärte MdB Friedrich-Adolf Jahn (Münster).

Die im Mietrechtsänderungsgesetz sowie dem Mietspiegelgesetz der Bundesregierung enthaltenen Änderungen reichen nicht aus, die Rahmenbedingungen des freifinanzierten Wohnungsbaus zu verbessern. Die Vorschläge der Bundesregierung führen zu Mieterhöhungen, nicht aber zum Bau von mehr Wohnungen. Zudem sind diese Gesetzesinitiativen ein Musterbeispiel für mehr Bürokratie und mehr Verwaltungsaufwand. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält die Empfehlungen des Vermittlungsausschusses für ausgewogen. Wir sagen deshalb

— Ja zur Möglichkeit des Abschlusses von Staffelmieten auch im Bestand. Wer heute investieren will, kann das vielfach nur im Wege einer Mischkalkulation aus vorhandenem Bestand und künftiger Investition. Staffelmieten — auch im Wohnungsbestand — sind lediglich ein Stück Vertragsfreiheit. Keiner wird gezwungen, Staffelmieten zu vereinbaren, weder der Vermieter noch der Mieter.

— Ja zur Möglichkeit des Abschlusses von Mietverträgen für eine ganz bestimmte Zeit als Anreiz zur Vermietung von leerstehendem Wohnraum. Der Vorschlag der Bundesregierung dagegen wirkt sich praktisch wie eine Kündigung mit all ihren Durchsetzungsschwierigkeiten aus.

— Ja zur Verbesserung der Mietsituation für Studenten, Schüler und Auszubildende. Wir verbessern die Situation derer, die einen Platz in einem Studenten- oder Jugendheim suchen.

— Ja zu der Verfahrenserleichterung, wonach der Vermieter bei der Begründung der Vergleichsmiete zwei Wohnungen aus dem eigenen Wohnungsbestand benennen kann.

— Ja zur Aktualisierung der Mietspiegel mit einer Ermächtigung, die näheren Einzelheiten in einer Rechtsverordnung festzulegen. Dies ist unsere Alternative zum Mietspiegelgesetz der Bundesregierung.

Unser Nein zum Mietspiegelgesetz bedeutet also kein Nein zum Mietspiegel, wohl aber ein Nein zu einem gesetzlichen Zwang zum Aufstellen von Mietspiegeln.

— Nein zur Verlängerung der Frist von drei auf fünf Jahre, innerhalb derer die Eigenbedarfsklage des Erwerbers bei Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen ausgeschlossen ist. Die Verlängerung der Frist, innerhalb derer die Eigenbedarfsklage des Erwerbers ausgeschlossen ist, erscheint nur bedingt geeignet, der Spekulation entgegenzuwirken.

Die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses verletzen in keiner Weise den Kernbereich des sozialen Mietrechts. Insbesondere wird der generelle Kündigungsschutz gewahrt. In allen Fällen wird der soziale Ausgleich für die, die am Markt keine bedarfsgerechte Wohnung finden, durch sozialen Wohnungsbau, im übrigen durch das Wohngeld und durch Belegungsbindungen voll gewährleistet.

■ KOALITION/ INFORMATION

Nachwahl in Rees: Grüne jetzt im Rat

Die Grünen werden künftig mit zwei Sitzen im Rat der niederrheinischen Stadt Rees vertreten sein. Bei einer Wiederholung der Kommunalwahl holten sie 6,1 Prozent der abgegebenen Stimmen. Sieger der Wahl wurde die CDU, die sich mit 60,3 Prozent um 2,3 Prozentpunkte steigern konnte. Die SPD erzielte lediglich 24,4 Prozent (1979: 30,4) der Stimmen und büßte zwei Mandate ein. Die FDP erhielt 9,2 Prozent (1979: 11,5). Die Sitzverteilung: CDU 23 (23); SPD 10 (12); FDP 4 (4); Grüne 2 (0).

Die Neuwahl war erforderlich geworden, nachdem ein FDP-Kreistagsmitglied die Kommunalwahl des Jahres 1979 angefochten hatte. Das Oberverwaltungsgericht in Münster hatte anerkannt, daß seinerzeit in vier von insgesamt 20 Wahlbezirken die durchschnittliche Einwohnerzahl über- bzw. unterschritten worden war.

Für verlorene Pakete in die DDR jährlich 3 Mill. DM Ersatzkosten

Den zahlreichen Klagen über lange Laufzeiten und zunehmende Verluste von Briefen und Paketen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR stehe die Deutsche Bundespost offensichtlich machtlos gegenüber, erklärte der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Werner Dolata, nachdem die Bundesregierung eine von ihm eingebrachte parlamentarische Anfrage unbefriedigend beantwortet hatte. Wenn beispielsweise Lebensmittel-

pakete innerhalb Berlins, also von Berlin (West) nach Berlin (Ost), erst nach drei Monaten an ihrem Bestimmungsort ankämen, dann sei es unverständlich, so der Abgeordnete, daß die Bundesregierung versuche, diese Mißstände mit Hinweisen auf die andersartige Gestaltung des Beförderungssystems, Arbeitskräftemangel, schlechte bauliche Voraussetzungen und höheren Zeitaufwand auf seiten der DDR quasi zu entschuldigen.

Den wahren Grund erwähne die Bundesregierung nur am Rande: die DDR praktiziere rigorose und zeitaufwendige Ein- und Ausfuhrkontrollen. Nicht minder skandalös sei es, daß die Deutsche Bundespost für Pakete pro Jahr etwa 3 Mill. DM Ersatzbeträge zahlen müsse und die Verlustquote im Paketverkehr mit der DDR pro Jahr das Zehn- bis Elffache im Vergleich zum übrigen Verkehr der Bundespost betrage. So könne es auch nicht mehr verwundern, daß die Post die Gebühren erhöhen müsse.

Für mehr Teilzeitarbeit

Die EVP-Abgeordnete Marlene Lenz hat die Fraktionen des Europäischen Parlaments aufgefordert, sich bei den Beratungen in der ersten Sitzung nach der Sommerpause vom 13. bis 17. September in Straßburg deutlich für mehr arbeitsorganisatorische Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung auszusprechen. Eine entsprechende Vorlage für eine solche Richtlinie liege dem Parlament vor, betonte Frau Lenz.

Die Abgeordnete erklärte weiter, Teilzeitarbeit sei keine Erfindung der Rezession oder der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Sie könne jedoch in Zeiten der Arbeitslosigkeit, aber auch angesichts der Rationalisierung durch moderne Technologie, eine Form der Arbeit sein, die es dem Menschen ermögliche, in Verbindung

mit ihren beruflichen Fähigkeiten zu bleiben und ihre Existenzgrundlage zu verbessern.

Positiv beurteilte Frau Lenz vor allem die Möglichkeit, Jugendlichen durch Teilzeitarbeitsplätze mehr Ausbildungsstellen zu schaffen, als bei Voll-Ausbildungsstellen zur Verfügung ständen. Frau Lenz kündigte an, daß sich die Christlich Demokratischen Parteien für eine Regelung einsetzen würden, die Teilzeitarbeit in für die Betriebe wirtschaftlich vertretbarem Umfang und für die Teilzeitbeschäftigten sinnvollen Bedingungen ermögliche.

Was Alfred Dregger wirklich sagte

Zu absurden Behauptungen des hessischen Kultusministers Hans Krollmann (SPD) und daran geknüpften törichtesten Kommentaren wird nachstehend ein Auszug aus dem Originaltext der Rede des hessischen CDU-Landesvorsitzenden Alfred Dregger auf dem Römerberg in Frankfurt am 3. September 1982 wiedergegeben. Bei Ausführungen über die Geschichte der Stadt Frankfurt und deren historischen Stätten, wie der Paulskirche, erklärte Alfred Dregger wörtlich: „... Paulskirche, wo 1848 noch Vertreter aller deutschen Stämme, von Maas bis Memel, von der Etsch bis an den Belt die Einheit Deutschlands auf freiheitlicher Grundlage gesucht haben.“

Demonstranten sollen Polizeieinsatz bezahlen

Demonstranten, die Anfang August drei Wochen lang die Zufahrt zur Bundeswehrekaserne in Großengtingen blockiert haben, sollen nach Auffassung des Nürtlinger CDU-Landtagsabgeordneten Friedrich Volz die Kosten für den Polizeieinsatz tragen. Wie der Parlamentarier in einer parla-

mentarischen Initiative schreibt, habe der Polizeieinsatz etwa 100 000 Mark gekostet. Es könne nicht hingenommen werden, daß diese Kosten der Steuerzahler übernehme.

Wer demokratische und rechtsstaatliche Entscheidungen und die darauf beruhenden Einrichtungen nicht akzeptiere, müsse auch bereit sein, die entstandenen Kosten eines Polizeieinsatzes zu übernehmen.

Die Demonstranten hatten sich drei Wochen lang jeden Tag auf die Kasernenzufahrt gesetzt und mußten täglich von der Polizei weggetragen werden.

Grüne drohen mit Sabotage gegen schnellen Brüter

Die nordrhein-westfälischen Grünen und verschiedene Gruppen von Atomkraftgegnern wollen gegen den geplanten Bau des schnellen Brüters in Kalkar „aktiven Widerstand“ leisten. Man werde vor „Blockaden, Streiks und Sabotageakten“ nicht mehr zurückschrecken, betonte Thomas Niermann als Sprecher der Grünen in Düsseldorf.

Zusammen mit rund 150 Organisationen haben die Grünen zu einer „Großdemonstration“ in Kalkar am 2. Oktober aufgerufen, zu der die Veranstalter 50 000 Teilnehmer erwarten. Mit dieser Demonstration, so Niermann weiter, werde man zum letztenmal in dieser Form Widerstand gegen die „Atomindustrie“ bekunden. Danach werde man zu Aktionen wie „kleineren Sabotageakten“ übergehen, für die man zur Zeit „übe“.

In einem Aufruf zu der Kalkar-Demonstration wird ein „sorgfältiger Baustopp und baldmöglichster Abriß des schnellen Brüters in Kalkar und des Thorium-Hochtemperatur-Reaktors in Hamm-Üntrop“ gefordert.

■ DDR-HAFT

Strafvollzug in der DDR verletzt in brutaler Weise die Menschenwürde

In einem öffentlichen Anhörungsverfahren untersuchte auf Antrag der CDU/CSU gegen den Widerstand der Koalitionsparteien der innerdeutsche Bundestagsausschuß die Situation in den Haftanstalten der DDR. Dabei haben neun ehemalige Häftlinge und Sachverständige übereinstimmend ein erschütterndes Bild von den realen Haftbedingungen, unter denen „Politische“ in DDR-Gefängnissen leben müssen, gezeichnet.

Dieses Bild ergibt, daß Untersuchungs- haft und Strafvollzug der DDR, meilenweit entfernt von den menschenrechtlichen Verträgen, die die DDR-Führung selbst unterschrieben hat, zum bewußten politischen Instrument der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR gemacht wird.

Der Berichterstatter der CDU/CSU im innerdeutschen Ausschuß, Claus Jäger, faßte das Ergebnis der Anhörung wie folgt zusammen: Bei der Untersuchungshaft wird regelmäßig erheblicher psychischer Druck ausgeübt, der durch Isolation, Einschüchterung und Erpressung mit dem Schicksal von Angehörigen verwirklicht wird. In der Strafhaf, in der zwangsweise gearbeitet werden muß, sprechen die Arbeitsbedingungen allen Normen modernen Arbeitslebens Hohn; die Überbelegung der Zellen und die ständigen Schikane quälen die Häftlinge in unverantwortbarer Weise; die Ernährung, kalorienmäßig

im allgemeinen ausreichend, ist qualitativ minderwertig und vitaminarm und führt oft zu schweren Gesundheitsschäden.

Die medizinische Versorgung ist miserabel und führt bei vielen Häftlingen zu Langzeit- oder Dauerschäden, die viele noch heute mit sich herumschleppen. Besonders entwürdigend für die Häftlinge ist die dauernde Bespitzelung durch meist kriminelle Mithäftlinge, die sich dafür hergeben.

Widersetzlichkeiten oder auch nur Widerspruch führt zu verschärftem Arrest, der sich in einigen Strafanstalten in ungeheizten, feuchten Kellern abspielt, in denen Häftlinge mit einer einzigen Decke ohne Unterlage auf Betonplatten schlafen müssen. Alles in allem ergab die Anhörung ein trostloses Bild von der brutalen Verletzung der Menschenwürde politischer Häftlinge in den DDR-Haftanstalten.

Das Ergebnis der öffentlichen Anhörung bestätigt eindrucksvoll, wie gut beraten die CDU/CSU war, diese Anhörung gegen den Widerstand der Koalition im Ausschuß durchzusetzen. Die Bundesregierung ist jetzt aufgefordert, aus dem Ergebnis der Anhörung die Konsequenzen zu ziehen und in Wahrnehmung ihrer Schutzpflicht für die verfolgten Menschen, die als politische Häftlinge in den Zuchthäusern und Gefängnissen der DDR sitzen, die Initiative zu ergreifen. Die DDR-Regierung muß nachdrücklich dazu aufgefordert werden, die Bestimmungen der Internationalen Menschenrechtspakte über humane Haftbedingungen einzuhalten, die sie selbst durch ihre Unterschrift anerkannt hat.

■ VERTEIDIGUNG

Apel mißachtet wieder parlamentarische Spielregeln

Zu der bereits von der FDP kritisierten Mißachtung des Parlaments im Zusammenhang mit der Einführung eines „Control-Systems“ im Verteidigungsministerium erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter-Kurt Würzbach:

Das während des Tornado-Skandals öffentlich bekanntgewordene spannungstreibende und Kompetenzen verwischende Führungsverhalten von Minister Apel verführte ihn auch bei einer so wichtigen geplanten Strukturveränderung im Verteidigungsministerium dazu, daß er zuerst die SPD-Betriebsgruppe im BMVg, danach die Öffentlichkeit und erst am Nachmittag seine eigenen Abteilungsleiter informierte. Die mit der Planung unmittelbar befaßten Inspekture der Teilstreitkräfte und das Parlament erfuhren die Überlegungen des Verteidigungsministers erst aus den Zeitungen.

Der Antrag der CDU/CSU an den parlamentarischen Ausschuß lautete u. a.: Der Verteidigungsausschuß rügt ein solches Verfahren und erwartet, daß der Bundesminister der Verteidigung, bevor er zur Darstellung solcher Vorhaben vor die Öffentlichkeit tritt, das Parlament unterrichtet.

Der Antrag wurde bei Stimmgleichheit (12:12) durch demonstrative Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion abgelehnt.

Auf diese Weise ist der Verteidigungsminister an einer Rüge des Ausschusses knapp vorbeigekommen.

■ TARIFPOLITIK

Union fordert für die Beamten Gleichbehandlung

In einem Gespräch zwischen der Bundesleitung des Deutschen Beamtensyndikats unter Leitung des Bundesvorsitzenden Krause und Vertretern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion des Deutschen Bundestages stellten die Vertreter der Union fest, daß die von der Bundesregierung vorgeschlagene Verschiebung der Besoldungserhöhung 1982 um 3 Monate gegenüber der Tarifierhöhung für die Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst mit dem Gleichbehandlungsgrund und der Fürsorgepflicht des Dienstherrn nicht zu vereinbaren sei.

Diese Maßnahme stehe auch im Widerspruch zu allen bisherigen Aussagen der Bundesregierung und des Bundesinnenministers, die bisher den bewährten Gleichklang bei der Bezahlung im öffentlichen Dienst gepriesen hatten. Wenn die Bundesregierung jetzt das gegebene Wort breche, werde der öffentliche Dienst gespalten und das Berufsbeamtentum unattraktiver gemacht. Die von der Bundesregierung seit langem praktizierten Entbeamtungstendenzen würden fortgesetzt. Den Gegnern des Berufsbeamtentums, die aus ideologischen Motiven das Berufsbeamtentum ganz abschaffen möchten, werde in die Hände gearbeitet.

Die Unions-Vertreter bekräftigten den vom Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vertretenen Standpunkt, der sich gegen ungerechtfertigte Sonderopfer der Beamten und für die unbedingt notwendige Gleichbehandlung im öffentlichen Dienst einsetzt.

■ ERDGASRÖHRENBAU

Bonn schweigt zur Dokumentation über sowjetische Zwangsarbeit

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) hat jetzt eine Dokumentation über Zwangsarbeit an der Erdgasleitung in Sibirien vorgelegt mit der bewiesen wird, daß entlang der geplanten Erdgasleitung Sibirien—Europa Konzentrationslager eingerichtet sind und Häftlinge als billige Arbeitssklaven eingesetzt werden.

Die an dem Erdgasprojekt beteiligten westlichen Regierungen werden aufgefordert, durch eine internationale Gewerkschaftlerkommission die Arbeitsbedingungen an Ort und Stelle zu überprüfen. Das wäre eine vertrauensbildende Maßnahme im Sinne des Helsinki-Abkommens und sollte auch im Interesse der UdSSR liegen. Falls die sowjetische Regierung der Gewerkschaftskommission die Einreise verweigern sollte, schlägt die IGFM vor, die Erforschung der Konzentrationslager entlang der Erdgasleitung durch technische Hilfsmittel, z. B. Satelliten, zu versuchen.

Die IGFM hat Bundeskanzler Schmidt bisher erfolglos aufgefordert, die Initiative zur Bildung der internationalen Gewerkschaftskommission zu ergreifen und bis zum Vorliegen deren Berichterstattung das Erdgasröhrengeschäft auf Eis zu legen.

Das Schweigen des Bundeskanzlers zur Zwangsarbeit von 100 000 Häftlingen beim Erdgasröhrenbau ist vom Bundestagsabgeordneten Hans Graf Huyn scharf kritisiert worden. Graf Huyn: „Weder die Auf-

klärungsforderungen aus der Opposition noch die ihm zugesandte Dokumentation der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte vom 18. August 1982 und die darin wiedergegebenen Fakten lassen es dem Bundeskanzler geraten erscheinen, sein Schweigen zu brechen. Inzwischen wird sogar in Moskau der Sondereinsatz von etwa 40 000 Sowjetbürgern nicht bestritten, wenngleich man dort weiter behauptet, es gäbe keine echten Zwangsarbeiter und keine menschenrechtswidrige Behandlung.

Statt diesen Indizien nachzugehen, verstärkt der Bundeskanzler sein Engagement für das Erdgasgeschäft, wie sein Rundbrief an die beteiligten Unternehmen beweist. Der Kanzler sieht, im Einklang mit Egon Bahr, in der Sowjetunion den vorrangigen Wirtschafts- und Sicherheitspartner. Das Erdgasröhrengeschäft wird so zum emotionalen Bestandteil der Entspannungsideologie. Menschenrechtsverletzungen der Sowjetunion passen da nicht ins Bild.

Ost-West-Zusammenarbeit darf aber die Unterdrückung nicht fördern. Ebenso wie im humanitären Völkerrecht und in der Rüstungskontrolle müssen Menschenrechtsbestimmungen einer internationalen Kontrolle auf Anforderung unterliegen. Der KSZE-Prozeß der Helsinki-Schlußakte bedarf deshalb einer solchen Ergänzung durch menschenrechtsfördernde vertrauensbildende Maßnahmen. Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, zu diesem Vorschlag endlich Stellung zu nehmen.“

■ SOZIALHILFE

Alter Rechtszustand wiederhergestellt

Die CDU/CSU-Fraktion hat den Vermittlungsausschußempfehlungen zu den Korrekturen an den Beschlüssen zum 2. Haushaltsstrukturgesetz, die das Sozialgesetzbuch betreffen, zugestimmt.

Vor dem Bundestag bedauerte der Berliner CDU-Abgeordnete Werner Dolata, daß SPD und FDP den Gesetzentwurf der Union vom 28. April d. J. abgelehnt hatten, mit dem der alte Rechtszustand, wie er vor Inkrafttreten des 2. Haushaltsstrukturgesetzes bestand, wiederhergestellt werden sollte. Den Sozialhilfeempfängern wären Verzögerungen dann erspart geblieben, erklärte Dolata.

— Heimbewohner erhalten jetzt statt eines „Taschengeldes“ einen Barbetrag (mindestens 30% des Regelsatzes eines Haushaltsvorstands nach dem BSHG) in Höhe von 103 DM/Monat; trägt der Hilfeempfänger einen Teil der Kosten selbst, stehen ihm 5% des eigenen Einkommens, maximal 15% des Eckregelsatzes der Sozialhilfe = 51 DM zu.

— Bei der Beteiligung an den Kosten für die Unterbringung behinderter Kinder in Vollzeitfördereinrichtungen wurde die Wiederherstellung des alten Zustandes rückwirkend zum 1. Januar 1982 erreicht.

— Die Sozialversicherungsfreigrenze (weniger als 15 Stunden/Woche bei einem Arbeitsentgelt von 390 DM/Monat) gilt bis zum 31. Dezember 1984. Ab 1. Januar 1985 = $\frac{1}{2}$ der monatlichen Bezugsgröße.

■ REAKTORBAU

Auch beim schnellen Brüter versagt

Nun ist es amtlich: 1,5 Milliarden mehr für den schnellen Brüter! Der Bau des schnellen Brutreaktors SNR 300 in Kalkar wird voraussichtlich 6,5 Milliarden Mark kosten.

Vor dieser Summe, die schon seit Monaten erkennbar war, hat die Bundesregierung starrköpfig die Augen verschlossen. Sie wollte die Folgen ihrer gescheiterten katastrophalen Kernenergiepolitik nicht offenkundig werden lassen.

Deshalb hat die Bundesregierung auch wieder im Haushalt 1983 mit falschen Zahlen operiert. Nachdem sich im Frühjahr auch die Kostenschätzungen für den Hochtemperaturreaktor THTR 300 schon um rund eine Milliarde Mark erhöht hatten, fehlen nunmehr im Haushalt des Bundesministers für Forschung und Technologie mindestens zwei Milliarden Mark für diese beiden fortgeschrittenen Reaktorlinien. Ein solcher Haushalt, mit falschen Zahlen gespickt, ist im Parlament nicht beratungsfähig. Das Forschungsministerium hat beim Projekt-Management der beiden Reaktorlinien völlig versagt. Die Bundesregierung hat ebenfalls schwerwiegend versagt, als es ihre Aufgabe war, rechtzeitig auf einen Konsens hinzuarbeiten, um politisch die Voraussetzungen für die Realisierung ihrer Energieprogramme zu schaffen, vor allem in den Regierungsparteien SPD und FDP. Die Lösungskompetenz der Bundesregierung in den Grundfragen der Energiepolitik ist gleich Null, stellt Christian Lenzer, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuß für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages, fest.

STICHWORT

„Saurer Regen“

Als wesentliche Ursache für die sich ständig ausbreitenden Waldschäden sehen Experten den sogenannten „sauren Regen“ an. Der zu hohe Säuregehalt der Niederschläge gefährdet Pflanzen, Böden und Gewässer.

Ob eine Flüssigkeit sauer, neutral oder alkalisch ist, wird an ihrem pH-Wert gemessen. Der pH-Wert von reinem Wasser liegt bei 5,6. Von saurem Regen spricht man, wenn dieser Wert unter 5,6 liegt. In der Bundesrepublik Deutschland pendelt er seit 1972 um 4,3 bis 4,2.

Als Hauptverursacher für die sauren Niederschläge gilt die Luftverschmutzung, insbesondere durch Schwefeldioxid und Stickoxide. Schwefeldioxid entsteht bei der Verbrennung schwefelhaltiger Brennstoffe wie Kohle und Heizöl. Ausgestoßen wird Schwefeldioxid insbesondere durch Kraftwerke und Fernheizwerke, die 56% der Emissionen (Ausstoß von Schadstoffen) verursachen.

Die Stickoxide entstehen bei Verbrennungsvorgängen aus dem Luftstickstoff, so im Kraftfahrzeugmotor, in konventionellen Kraftwerken und anderen Feuerungsanlagen sowie bei industriellen Produktionen. Der Verkehr hat mit 45% den größten Anteil an der Ausstoßmenge von Stickoxiden.

Die bislang wichtigste Vorschrift für die Luftreinhaltung ist die „Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft“ (TA-Luft). Sie enthält Begriffsbestimmungen, Maßeinheiten und allgemeine Grundsätze für

die Genehmigung von Anlagen und Einrichtungen. Außerdem sind in ihr Höchstwerte für Immissionen festgelegt, d. h. für Schadstoffe, die örtlich auf Menschen, Tiere, Pflanzen und Gebäude einwirken.

Bereits 1964 hat die Bundesregierung die erste TA-Luft erlassen, die 1974 zum letztenmal überarbeitet worden ist. Im Herbst 1981 hat der Bundesinnenminister den Entwurf für eine Neufassung der TA-Luft vorgelegt. Die Anhörung der Industrieverbände, Umweltschutzverbände und Gewerkschaften sowie die erste Beratung im Innenausschuß des Deutschen Bundestages haben jedoch gezeigt, daß diese Vorlage noch unzulänglich war. Deshalb wird dem Bundeskabinett im Oktober dieses Jahres eine überarbeitete Fassung der TA-Luft vorgelegt werden.

Parallel dazu wird eine „Großfeuerungsanlagen-Verordnung“ vorbereitet. In ihr sollen die Emissionen der wichtigsten Schadstoffe, unter anderem von Schwefeldioxid und Stickoxiden begrenzt werden. Das Bundeskabinett hat am 1. September 1982 über Eckwerte für diese Verordnung entschieden. Danach sind die Emissionen an Schwefeldioxid in der Regel auf 400 Milligramm pro Kubikmeter festzulegen. Soweit in Ausnahmefällen höhere Werte unumgänglich sind, dürfen sie 650 Millionen pro Kubikmeter in keinem Fall überschreiten.

Die Großfeuerungsanlagen-Verordnung soll sowohl für neue wie auch für alte Anlagen gelten. Durch Stilllegung und Ersatz alter Anlagen sowie durch Umrüstung soll bis Anfang der neunziger Jahre eine spürbare Emissionsentlastung, insbesondere bei Schwefeldioxid und Stickoxiden erreicht werden. Das Bundesinnenministerium schätzt die dafür notwendigen Investitionskosten auf 5 Milliarden DM.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Abschiedsreden

Das tatsächliche politische Ende der sozial-liberalen Koalition steht zwar noch aus, ist aber nur noch eine Frage weniger Wochen. Wenn Genscher und seine FDP dieses Ende nicht spätestens im Zusammenhang mit den anstehenden Haushaltsberatungen herbeiführen, hat die deutsche Öffentlichkeit gestern im Bundestag nur eine Art Posse erlebt.

Bonner General-Anzeiger, 10. September 1982

Hans-Dietrich Genscher hat gestern im Deutschen Bundestag eine Schlüsselrede gehalten, die sich vielleicht schon bald als ein Dokument erweisen könnte, dem historische Bedeutung zukommt. Es war eine Abschiedsrede an die sozial-liberale Koalition, weshalb der Beifall denn auch fast ausschließlich von der CDU/CSU-Fraktion kam.

Stuttgarter Zeitung, 10. September 1982

Das waren bittere Minuten für den Kanzler; er mochte zurückdenken an die Amtsvorgänger Adenauer und Erhard, mit de-

nen die Freien Demokraten einst auch zusammengearbeitet hatten, aber nur bis zu einem gewissen Punkt. Das Dreiparteiensystem muß den Wechsel ermöglichen, und die FDP hat hier — da hat Genscher recht — für Kontinuität in der Sache zu sorgen, auch um des Risikos des eigenen Scheiterns willen.

Rheinische Post, 10. September 1982

Viel gesprochen wurde von ihr nicht. Aber zu hören war sie schon: die neue Mehrheit. Immer, wenn der FDP-Vorsitzende sich in seiner Wortwahl dem Sprachgebrauch der Opposition näherte, bekam er den demonstrativen Beifall der CDU und seiner eigenen Partei. Die SPD, noch Koalitionspartner, schwieg.

**Westdeutsche Allgemeine,
10. September 1982**

Wie gelähmt folgten die Sozialdemokraten den Ausführungen des FDP-Vorsitzenden, der vom ersten Satz an auf eine Konsequenz zustrebte. Jedermann im Plenum, jeder Zuschauer wußte, daß ein Herausforderer das Wort nahm. Die Atmosphäre war dicht und schwer. Genscher verlegte dem Bundeskanzler den Weg zu höherer Verschuldung, er drehte ihm buchstäblich den Hahn zu. **Die Welt, 10. September 1982**

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UId